

# Über einige Argumente für eine Steigerung der Wachstumsrate in einer vollbeschäftigten und hochentwickelten Volkswirtschaft\*

Von Winfried Schmähl, Frankfurt/Main

## I.

Da wir nicht mehr — wie die Vertreter der klassischen Schule der Nationalökonomie — von dem Glauben an eine prästabilisierte Harmonie erfüllt sind, sondern ein bewußtes Gestalten wirtschaftlichen Geschehens (Wirtschaftspolitik) befürworten, muß — soll das wirtschaftspolitische Handeln sinnvoll sein — dieses auf die planmäßige Verwirklichung eines „umfassenden, wohlgedachten und in sich ausgewogenen Zielsystems“<sup>1</sup> gerichtet sein. Jedes dieser — in einem solchen Zielsystem zusammengefaßten — Einzelziele bedarf eines konkreten Inhalts (unter Berücksichtigung des betreffenden Wirtschaftssystems), soll es sich nicht nur um eine bloße „Leerformel“ handeln.

Es wäre eine Übertreibung, behaupten zu wollen, über die vornehmlich erwähnten „Ziele“ — insbesondere die des sogenannten konjunkturpolitischen „magischen Dreiecks“ (die bedauerlicherweise häufig als *die* Ziele der Wirtschaftspolitik überhaupt angesehen werden), Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung und Zahlungsbilanzausgleich — herrsche Klarheit und Übereinstimmung. Jedoch bestehen hier weitaus präzisere Vorstellungen als über die Zielsetzung für eine rationale Wachstumspolitik. Überhaupt ist das Gebiet der Zielinterpretationen und Zielsysteme noch lange nicht befriedigend bearbeitet. In diesem Bereich bleibt vieles oberflächlich, indem Ziele, wie beispielsweise das der Vollbeschäftigung, erwähnt und weiteren Ausführungen zugrunde gelegt werden, ohne genau zu sagen, was darunter verstanden werden soll; wobei hier „genau“ nicht unbedingt eine quantifizierbare Definition erfordert<sup>1a</sup>.

---

\* Für die kritische Durchsicht einer früheren Fassung dieses Beitrages und wertvolle Hinweise danke ich den Herren Prof. Dr. Helmut *Meinhold* und Dr. Joachim *Gübler*.

<sup>1</sup> Herbert *Giersch*: Allgemeine Wirtschaftspolitik. 1. Bd. Wiesbaden 1960. S. 22.

<sup>1a</sup> Im „Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung

## II.

Es erscheint uns angebracht, kurz auf die Problematik des für die Wachstumspolitik zugrunde zu legenden Wachstumsbegriffes und die Möglichkeit, ihn quantitativ zu verdeutlichen, einzugehen. Wirtschaftliches Wachstum ist vernünftigerweise nur in Verbindung mit der Nachfrageseite zu beurteilen, denn eine Steigerung der Produktion „um ihrer selbst willen“ (ohne den Wünschen der Nachfrager zu entsprechen) ist sinnlos. Wir könnten Wirtschaftswachstum definieren als „... eine Steigerung, günstigere Zusammensetzung oder bessere Verwendung des Sozialprodukts...“<sup>2</sup>. Zu quantifizieren ist dies in der Realität meistens nur in bezug auf die Steigerung des Sozialproduktes<sup>3</sup>. Letztlich setzen nahezu alle praktischen Versuche, das Wirtschaftswachstum zu messen, am Sozialprodukt an (seien es Brutto-, Netto- oder Pro-Kopf-Größen o. ä.). Desweiteren ist aber nicht allein die Steigerung dieser Globalziffer, sondern vielmehr die Struktur des Sozialprodukts in sich bedeutungsvoll.

Häufig wird (implizit oder explizit) angenommen, Größe und Wachstum des Sozialprodukts seien einigermaßen brauchbare Ersatzgrößen für wirtschaftlichen Wohlstand<sup>4</sup>. Dazu sei in aller Kürze fol-

---

der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (vom 14. August 1963; abgedruckt in: *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Stabiles Geld — stetiges Wachstum. Jahresgutachten 1964/65. 2. Aufl. Stuttgart und Mainz 1965. S. 157*) wird innerhalb des dem Sachverständigenrat vorgegebenen Zielkatalogs von „*stetigem und angemessenem Wachstum*“ gesprochen. Diese Formulierung wurde auch in das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ (vom 8. Juni 1967; § 1) übernommen. Alfred E. Ott bemerkt dazu (Leitlinien für die branchenmäßige Lohnfindung — Ein Beitrag zur Lohnpolitik. Schriftenreihe der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie zur Wirtschafts- und Industriepolitik. Heft 10. Düsseldorf 1968), daß „... unter *stetigem* Wachstum ein ununterbrochenes, ein gleichmäßiges oder auch ein gleichgewichtiges Wachstum verstanden werden (kann). Vollends wird der Willkür ... Tür und Tor geöffnet bei der Bezeichnung *angemessenes* Wachstum...“ (S. 15 bis 16. Hervorhebungen von mir, W. Sch.). — Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auch auf die kurzen Ausführungen von Hans-Jürgen Vosgerau über verschiedene wachstumspolitische Zielsetzungen (Über optimales wirtschaftliches Wachstum — Ein Beitrag zur makroökonomischen Theorie des Investitionsoptimums. Veröffentlichungen der List Gesellschaft e. V. Bd. 43. Basel und Tübingen 1965. S. 4 bis 10). — Auch der Begriff des „*optimalen*“ Wachstums (in auf recht einengenden Prämissen beruhenden Modellen durchaus klar definierbar) erscheint uns bislang für wirtschaftspolitische Zwecke zu ungenau.

<sup>2</sup> Helmut Meinhold: Art. Investitionen. HdSw, Bd. 5, 1956. S. 337.

<sup>3</sup> Hierbei ist zu beachten, daß „günstigere“ Zusammensetzung und „bessere“ Verwendung insbesondere im Hinblick auf weitere Ziele und Wertvorstellungen zu konkretisieren sind.

<sup>4</sup> Ohne daß wir auf die statistischen Probleme der Sozialproduktmessung eingehen (verwiesen sei u. a. auf Oskar Morgenstern: Über die Genauigkeit wirtschaftlicher Beobachtungen, 2. Aufl. Wien-Würzburg 1965. Kap. XIV und XV), ist zumindest auf die Fragen der Indexwahl, Mitrepräsentation, Berücksichtigung von Qualitätsänderungen, externen Effekten, Doppelzählungen und Abgrenzungsschwierigkeiten hinzuweisen.

gendes bemerkt: Die Größe — und analog auch das Wachstum — des realen<sup>5</sup> Sozialprodukts ist in erster Linie nur ein Anhaltspunkt für das Ausmaß (und gegebenenfalls auch die Verbesserung) der Güterversorgung einer Volkswirtschaft (oder, bei steigendem Anteil der Exporte am Sozialprodukt und nicht in gleichem Ausmaß wachsenden Importen, ein Maß für das Produktionsvolumen) und unmittelbar kein Indikator für Höhe und Veränderung des Volkswohlstandes<sup>6</sup>. Auch der Wert der Freizeit erfährt bei dieser Messung keine Berücksichtigung. Zu betonen ist, „daß jeder Vergleich und Rückschluß auf den Wohlstand der Gesellschaft ohne bedeutsame Werturteile nicht denkbar ist“<sup>7</sup>. — Auch das Wachstum des Sozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung (um bei Vergleichen den Einfluß von Bevölkerungsveränderungen auszuschalten) ist kein bedeutend besserer Maßstab; wir müssen mindestens noch eine gleichbleibende Einkommensverteilung und eine unveränderte Zusammensetzung des Sozialprodukts unterstellen, um in vager Annäherung einen Anhaltspunkt für eine Wohlstandssteigerung zu erlangen.

Bei Wachstums- und besonders Wohlstandsüberlegungen können wir uns jedoch nicht auf Größe, Wachstum und Struktur des gemessenen Sozialprodukts beschränken, sondern sollten beispielsweise (unter vielen anderen) auch so heterogene Faktoren berücksichtigen wie ein Mehr an Freizeit oder die Zahl der Verkehrsunfälle infolge der starken und zunehmenden Verkehrsdichte<sup>8</sup>. Dies läuft schließlich auf die Problematik der „sozialen Wohlfahrtsfunktion“ hinaus<sup>9</sup>.

<sup>5</sup> Auf die Fragwürdigkeit einer Deflationierung von Sozialproduktsangaben mittels Preisindices (insbesondere was die Abschreibung und Steuern betrifft) weist z. B. Adolf *Blind* hin. Siehe dessen „Einführung in die Wirtschaftsstatistik“. In: Adolf *Blind* (Hrsg.): *Umriss einer Wirtschaftsstatistik — Festgabe für Paul Flaskämper* zur 80. Wiederkehr seines Geburtstages. Hamburg 1966. S. 10—11. — Vgl. auch: Kjeld *Bjerke*, Leo *Meyer* und P. Nørregaard *Rasmussen*: Über die Deflationierung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 91 (1963). S. 199—230.

<sup>6</sup> Die hier angesprochene Problematik wurde in der Literatur schon häufig behandelt, sowohl von ökonomischen als auch statistischen Fragestellungen her. Siehe insbes. die Beiträge von John R. *Hicks*, Simon *Kuznets*, Ian M. D. *Little*, *Economica*, N. S., Vol. VII (1940), XV (1948), XVI (1949) und Ragnar *Frisch* *Econometrica*, Vol. IV (1936) sowie die Ausführungen von Paul A. *Samuelson* (*Foundations of Economic Analysis*. 7th printing. Cambridge 1963. S. 146 ff.) und Tibor *Scitovsky* (*Welfare and Competition*, 4th impress. London 1963. S. 70—82).

<sup>7</sup> Reimut *Jochimsen*: *Ansatzpunkte der Wohlstandsökonomik*. (Veröffentlichungen der List Gesellschaft. Bd. 21.) Basel u. Tübingen 1961. S. 44.

Vgl. auch die in die gleiche Richtung deutenden Äußerungen Gustav *Cassels* (*Theoretische Sozialökonomie*. 3. verb. Aufl. Erlangen und Leipzig 1923. S. 28) im Zusammenhang mit seinen Ausführungen zur „gleichmäßig fortschreitenden Wirtschaft“.

<sup>8</sup> Vgl. auch die Bemerkungen von Wolfgang *Stützel* auf der Baden-Badener Arbeitstagung des Vereins für Socialpolitik, 1967 (Grundsatzprobleme wirtschaftspolitischer Beratung — Das Beispiel der Stabilisierungspolitik. Schriften des Ver-

## III.

Wenn beispielsweise Alfred E. *Ott* feststellt<sup>10</sup>, daß die Politiker die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen nach Art und Zahl festzulegen haben und den Wirtschaftswissenschaftlern als Aufgabe allein zufällt, das (von den politischen Instanzen fixierte) Präferenzsystem bezüglich seiner Konsistenz zu überprüfen, die Zielsetzungen im Hinblick auf Zielkonflikte zu analysieren und auf zieladäquate wirtschaftspolitische Mittel hinzuweisen, so ist diesem im Prinzip durchaus zuzustimmen. Wir halten es darüber hinaus jedoch für durchaus wissenschaftlich legitim, von den politischen Instanzen festgelegte Ziele auch daraufhin zu überprüfen, ob sie ökonomisch sinnvoll begründbar sind oder ob sie allein aus politischen oder anderen Motiven heraus ihre Rechtfertigung beziehen<sup>11</sup>.

So wollen wir uns im folgenden aus der Vielzahl der häufig recht unpräzise formulierten wachstumspolitischen Zielvorstellungen eine herausgreifen und zu ihrer Begründung vorgebrachte Argumente auf ihre ökonomische Stichhaltigkeit hin untersuchen, und zwar fragen wir uns, welche Argumente üblicherweise zur Begründung der Forderung nach einer „Forcierung“ des Wirtschaftswachstums vorgebracht werden. Dabei soll hier das Anstreben einer Steigerung der Wachstumsrate des Sozialprodukts über das Maß hinaus, das sich mittels freiwilliger gesamtwirtschaftlicher Ersparnis<sup>12</sup> reali-

---

eins für Socialpolitik, N. F. Bd. 49. Hrsg. Hans K. *Schneider*. Berlin 1968. S. 310 bis 312).

Bei allen obigen Andeutungen haben wir uns auf mehr oder minder quantifizierbare Aspekte oder Tatbestände beschränkt. Daß z. B. eine verstärkte Mitverantwortung und Mitentscheidungsbefugnis der Individuen im Hinblick auf grundlegende Probleme des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ebenfalls eine „Wohlstandssteigerung“ darstellen kann, ist wohl kaum zu bezweifeln.

<sup>9</sup> Siehe für eine erste Übersicht: Ezra J. *Mishan*: Ein Überblick über die Wohlfahrtsökonomik 1939—1959. In: Gérard *Gäfen* (Hrsg.): Grundlagen der Wirtschaftspolitik. Köln und Berlin 1966. S. 110—176, insbes. S. 137—140.

<sup>10</sup> Alfred E. *Ott*: Magische Vielecke. In: Alfred E. *Ott* (Hrsg.): Fragen der wirtschaftlichen Stabilisierung. Tübingen 1967. S. 97.

<sup>11</sup> Um nicht mißverstanden zu werden: Wir wollen damit nicht behaupten, einen „wertfreien“ Standpunkt einzunehmen, denn was als „ökonomisch sinnvoll“ angesehen wird, ist auch eine wertende Entscheidung. Es soll allein untersucht werden, ob die häufig in dem uns interessierenden Zusammenhang vorgetragenen Argumente ökonomische Begründungen für eine noch zu präzisierende wachstumspolitische Zielvorstellung abgeben können oder ob solche Vorstellungen allein von Argumenten gestützt werden müssen, die einer „nicht primär ökonomischen Sphäre“ entnommen sind. (Diese vage Formulierung wurde gewählt, da sich der Verfasser durchaus der Fragwürdigkeit einer Trennung z. B. in einen ökonomischen und einen außerökonomischen Bereich bewußt ist.)

<sup>12</sup> Bei der Ersparnis der Unternehmungen ist darauf zu achten, daß der dynamische Marktlagengewinn (Q) zur unfreiwilligen, ungeplanten Ersparnis zählt. — Die staatliche Ersparnis definieren wir (in Analogie zur privaten) gleichfalls als Konsumverzicht. Sie ist demnach die Differenz zwischen geplanten Einnahmen und geplanten staatlichen Konsum- und Transferausgaben.

sieren ließe, als Forcierung aufgefaßt werden. Dieser Zielvorstellung liegt implizit häufig noch die (einseitige) These einer fast ausschließlichen Abhängigkeit der Wachstumsrate des Sozialprodukts von der Investitionsquote zugrunde (wie sie aus einfachen Wachstumsmodellen postkeyneschen Typs<sup>13</sup> abgeleitet wird), obgleich die *Struktur* der Investitionen (zu denen wir auch die Investitionen in „human capital“, wie z. B. Bildungsausgaben, rechnen) von mindestens gleicher Bedeutung ist<sup>14</sup>.

Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, sollen einige der am häufigsten vorgebrachten Argumente daraufhin betrachtet werden, ob sie — allein unter ökonomischen Gesichtspunkten — als ausreichende Begründung für die oben skizzierte wachstumspolitische Zielsetzung anzusehen sind<sup>15</sup>.

1. In der Zukunft wird eine bessere Versorgung ermöglicht.
2. Milderung des Kampfes um die Einkommensverteilung.
3. „Autonome“ Nachfragesteigerungen erfordern ein verstärktes Wirtschaftswachstum.

<sup>13</sup> In Anbetracht der großen und ständig noch zunehmenden Zahl wachstumstheoretischer Veröffentlichungen sehen wir bewußt davon ab, im Rahmen dieser Arbeit die für unsere Überlegungen relevanten Teile der entsprechenden wachstumstheoretischen Modelle explizit darzustellen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang zum Überblick insbesondere auf Gottfried *Bombach*: Art. Wirtschaftswachstum. HdSw. Bd. 12. 1965. S. 763—801. — F. H. *Hahn* and R. C. O. *Mathews*: The Theory of Economic Growth, A Survey. The Economic Journal. Vol. 74 (1964). S. 779—902. — „Wachstumspolitisch relevante Ergebnisse der Wachstumstheorie“ behandeln neuerdings Ernst *Dürr* und Hans K. *Schneider* (Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften — Verein für Socialpolitik. Wirtschaftspolitischer Ausschuß, Sitzung 7. bis 8. 6. 1968, hektographiert). — Vgl. auch den sehr knappen, elementaren Beitrag von Ernst *Helmstädter*: Wachstumstheorie und Wachstumspolitik. Die Aussprache. H. 5/6. 1968. S. 101—104.

<sup>14</sup> Vgl. beispielsweise Theodore W. *Schultz*: Investment in Human Capital. The American Economic Review. Vol. 51 (1961). S. 1—17. — Hans Peter *Widmaier* und Bruno *Frey*: Wachstumstheorie und Bildungsökonomik. Konjunkturpolitik. 13. Jg. (1967). S. 129—184. — Helmut *Schweikert*: Über einige quantitative Probleme der Bildungsplanung. Diss. Basel 1967. — Für einen ersten jedoch nicht allzu vollständigen dogmengeschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung des „human capital“-Konzeptes sei verwiesen auf B. F. *Kiker*: The Historical Roots of the Concept of Human Capital. Journal of Political Economy. Vol. 74 (1966). S. 481—499. — Jacques *Stohler*: Zur rationalen Planung der Infrastruktur. Konjunkturpolitik. 11. Jg. (1965). S. 279—308.

<sup>15</sup> Argumente dieser Art werden z. B. erwähnt von: Herbert *Giersch*: Strategien der Wachstumspolitik. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Bd. 119 (1963). S. 242. — Fritz *Machlup*: Statement. In: Employment, Growth and Price Levels, Hearing before the Joint Economic Committee, Congress of the United States, 86th Congress, First Session (1959), Part 9 A. Washington D. C. 1959. S. 2820. — Karl *Schiller*: Stetiges Wirtschaftswachstum als ökonomische und politische Aufgabe. In: *Partei vorstand der SPD* (Hrsg.): Stabilität und Aufstieg. Wirtschaftspolitische Tagung der SPD 1963 in Essen. Hannover 1963. S. 22—24.

4. Hebung des internationalen Prestiges (bzw. Verbesserung der außenpolitischen Position) sowie Stärkung der militärischen Kraft.
5. Erhöhung der Exportfähigkeit der heimischen Wirtschaft.
6. Wirtschaftlicher Wettbewerb zwischen Ost und West.
7. Verstärkung von Entwicklungshilfemaßnahmen.

Unseren Ausführungen legen wir ein marktwirtschaftlich orientiertes Wirtschaftssystem zugrunde; weiterhin unterstellen wir eine hochindustrialisierte Volkswirtschaft, in der Vollbeschäftigung gegeben sein soll<sup>16</sup>.

### 1. In der Zukunft wird eine bessere Versorgung ermöglicht

Gehen wir — wie unterstellt — von einer hochindustrialisierten, vollbeschäftigten Volkswirtschaft aus, dann fällt es schwer, eine ökonomische Notwendigkeit für eine Verstärkung des Wirtschaftswachstums aus dem genannten Motiv heraus zu erkennen. Der künftigen Generation — und auch einem Teil der gegenwärtig lebenden — wird es bei einem Wachstum, wie es sich aus den Dispositionen der Individuen und des Staates ergibt (und der in ihren Sparentscheidungen zum Ausdruck kommenden Präferenz hinsichtlich der Zukunftsvorsorge), auch „besser“ gehen (gemessen am realen Sozialprodukt) als der heutigen Generation.

Mittels einer einfachen graphischen Darstellung<sup>17</sup> wollen wir unsere Fragestellung verdeutlichen. — Einer Volkswirtschaft stehen zwei Alternativen zur Wahl<sup>18</sup>:

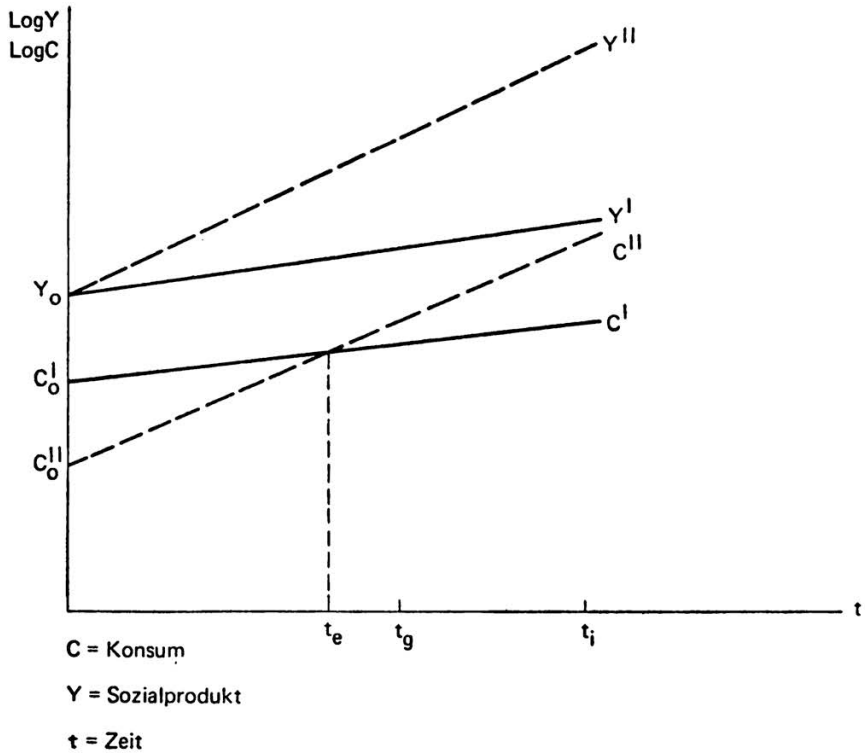
Alter- native	Konsum- quote	Investitions- quote	Wachstumsrate des Sozialprodukts
I	hoch	niedrig	niedrig
II	niedrig	hoch	<b>hoch</b>

Zur Vereinfachung unterstellen wir die Gültigkeit der eingangs abgelehnten Hypothese einer strengen positiven Korrelation zwischen Investitionsquote und Wachstum des Sozialprodukts (die in der

<sup>16</sup> Wir betrachten also weder Entwicklungsländer noch Volkswirtschaften in Wiederaufbauphasen (z. B. Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg).

<sup>17</sup> Sie wird u. a. auch verwendet von *Bombach*: Art. Wirtschaftswachstum, a.a.O. S. 792.

<sup>18</sup> Die Bezeichnungen „hoch“ und „niedrig“ sollen nur der groben Orientierung dienen.



Realität nicht nachweisbar ist!<sup>19</sup>). Die Quoten, ebenso wie der Kapitalkoeffizient (für I und II gleich groß), sollen im Zeitablauf konstant bleiben. Weiterhin sei ein unendlicher Zeithorizont gegeben<sup>20</sup>.

<sup>19</sup> Siehe z. B. Ernst Dürr: Wachstumstheorie und Wachstumspolitik, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Bd. 176 (1964). S. 400. — T. P. Hill: Growth and Investment According to International Comparisons. The Economic Journal. Vol. 74 (1964). S. 287—304.

<sup>20</sup> Dies ist jedoch keine notwendige (hier nur aus Gründen der Einfachheit eingeführte) Bedingung. Für die hier unterstellte Zielsetzung „Maximierung des Konsums“ kommt es nicht auf die Höhe des Konsums in irgendeiner Endperiode an, sondern auf die Maximierung der Fläche unterhalb des jeweiligen Konsumwachstumspfades. Oder anders ausgedrückt: Entscheidend ist die Maximierung des

Konsum-Integrals ( $\int_0^n C dt$ ) innerhalb des jeweils gewählten Zeithorizonts. Unterstellen wir einmal, dieser Zeithorizont würde bis  $t_g$  reichen, dann ergäbe sich bei Alternative I das höhere Konsumintegral. Nehmen wir an, in  $t_1$  sei  $\int_0^1 C^I dt = \int_0^1 C^{II} dt$  gegeben, so haben wir streng genommen nur einen über  $t_1$  hinausreichenden Zeithorizont zu unterstellen.

Im Zeitpunkt  $t_e$  wäre der Konsum für beide Alternativen gleich hoch und läge — bei Wahl von II — ab  $t_e$  ständig über dem Konsum von I<sup>21</sup>.

Tatsächlich müßten wir nicht nur zwei solcher Alternativen unterstellen (wobei noch zu prüfen wäre, ob die Zielsetzung, Maximierung des Konsums, sinnvoll und ausreichend ist und was unter „Konsum“ alles verstanden werden soll), sondern eine Vielzahl solcher Wahlmöglichkeiten. (Hier wäre weiterhin zu unterstellen, daß diese Alternativen überhaupt realisierbar sind bei den gegebenen Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte.) Nur mittels einer für die Gesellschaft gültigen Zeitpräferenzfunktion könnte man versuchen, eine Lösung für die Frage zu finden, welche der Alternativen gewählt werden soll<sup>22</sup>. Für dieses wohlfahrtsökonomische Problem existiert kein wirtschaftspolitisch brauchbarer Lösungsweg. (In diesem Zusammenhang sei beispielsweise auf die Fragen der Aggregation individueller zu einer gesellschaftlichen Präferenzfunktion und geeigneter Abstimmungsmechanismen hingewiesen<sup>23</sup>.)

Eine der obigen analoge Fragestellung ergibt sich, wenn James Tobin eine Verstärkung des Wirtschaftswachstums befürwortet, um in kürzerer Zeit einen „optimalen Konsumpfad“ (= konsummaximierenden Wachstumspfad) zu erreichen<sup>24</sup>. Die Vorstellung eines „golden age“-Wachstums (Joan Robinson), einer von der Investitionsquote letztlich unabhängigen Wachstumsrate des Sozialprodukts (unter der Voraussetzung autonomen — d. h. eines z. B. nicht durch bildungs- oder wirtschaftspolitische Maßnahmen gestaltbaren — technischen Fortschritts) findet sich in Modellen der neoklassischen

<sup>21</sup> Unter Berücksichtigung der oben unterstellten Prämissen könnten wir uns eine Extremsituation vorstellen, in der die Investitionsquote und damit das Wirtschaftswachstum maximiert wird: Der Konsumanteil am Gesamtprodukt reicht gerade aus, um das Existenzminimum der Bevölkerung zu decken; bzw. einem Teil der Bevölkerung (der gar nichts oder wenig leistet) wird nicht einmal mehr dies ermöglicht. Erst in einer solchen Situation könnte man berechtigt von einer Maximierung der Investitionsquote sprechen.

<sup>22</sup> Eine der ersten Veröffentlichungen zu diesem Problemkreis (vielleicht die erste überhaupt) stammt von Frank P. Ramsey: A Mathematical Theory of Savings. The Economic Journal. Dec. 1928. S. 543—559. — Siehe auch Jan Tinbergen: Optimum Savings and Utility Maximisation over Time. Econometrica. Vol. 28 (1960). S. 481—489. — José Encarnación, jr.: Optimum Saving and the Social Choice Function. Oxford Economic Papers, N. S., 16 (1964). S. 213—220.

<sup>23</sup> Vgl. z. B. Kenneth J. Arrow: Social Choice and Individual Values. New York 1951. — Gérard Gafgen: Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung — Untersuchungen zur Logik und ökonomischen Bedeutung des rationalen Handelns. 2. durchges. u. erw. Aufl. Tübingen 1968. 14. Kap.: Wahlregeln für Entscheidungen von Kollektiven (S. 413—456).

<sup>24</sup> James Tobin: Economic Growth as an Objective of Government Policy. The American Economic Review. Vol. 54 (1964). Papers and Proceedings. S. 1—20.



Wachstumstheorie<sup>25</sup>. Einen speziellen Verlauf des Wachstums im „goldenen Zeitalter“ beschreibt das Theorem der „golden rule of accumulation“; hier wird jene Investitionsquote definiert, die letztlich den Konsum maximiert. Die Übergangszeit, bis zur Erreichung eines solchen Endzustandes, dürfte wohl von recht erheblicher Länge sein<sup>26</sup>. Sollte diese Übergangsphase durch verstärkten Konsumverzicht in der Gegenwart verkürzt werden?

Für unsere Überlegungen ist entscheidend, daß eine bessere zukünftige Versorgung gar nicht mit vermehrten gegenwärtigen Einschränkungen (oder unter Mißachtung individueller Sparentscheidungen, in denen die Intensität der Zukunftsvorsorge der Individuen ihren, wenn auch mangelhaften, Ausdruck findet) erkaufte zu werden braucht, wenn die aus den zur Verfügung stehenden gesamtwirtschaftlichen Ersparnissen ermöglichte Gesamtheit an Investitionen eine im Hinblick auf das Wachstum bestmögliche (oder mindestens bessere) Struktur erhält. Zu deren Bestimmung ist letztlich wiederum eine konsistente gesamtwirtschaftliche Präferenzordnung notwendig. Davon abgesehen lassen sich aber einige Anhaltspunkte finden. So sind in diesem Zusammenhang der Abbau von Mobilitätshemmnissen und der Konservierung von Strukturen zu nennen, ebenso wie eine Umschichtung auf der Ausgabenseite des Staatshaushalts in Richtung auf eine Vermehrung öffentlicher Investitionen und eine Verringerung strukturerhaltender Subventionen. Hierbei ist bedauerlicherweise jedoch häufig festzustellen, daß die konjunkturpolitischen Maßnahmen der Regierung in Boomperioden „infrastrukturfeindlich“ sind, da eine Kürzung öffentlicher Ausgaben zur Konjunkturdämpfung scheinbar am leichtesten bei den Infrastrukturaufwendungen durchführbar ist<sup>27</sup>.

---

<sup>25</sup> Siehe für einen ersten Überblick den Art. Wirtschaftswachstum von *Bombach* (a.a.O. S. 763—801). — Einen guten Einblick in die Problematik optimaler Wachstumspfade vermittelt Edmund S. *Phelps*: *Golden Rules of Economic Growth — Studies of Efficient and Optimal Investment*. Amsterdam 1967. Hier finden sich auch umfangreiche bibliographische Hinweise zur „golden rule of accumulation“, 1961 bis 1965.

<sup>26</sup> Wilhelm *Krelle*: *Beeinflußbarkeit und Grenzen des Wirtschaftswachstums*. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Bd. 178 (1965). S. 27. — Vgl. auch die Ergebnisse, die *Ryuzo Sato* erzielte: *Fiscal Policy in a Neo-Classical Growth Model. An Analysis of Time Required for Equilibrating Adjustment*. *Review of Economic Studies*. Vol. 30 (1963). S. 16—23, und die weitgehend damit übereinstimmenden Aussagen von *Heinz König*: *Zeitliche Anpassungsprozesse in einem Zwei-Sektoren-Modell*. *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*. Bd. 122 (1966). S. 385—399.

<sup>27</sup> So fordert *Fritz Neumark* (Fiskalpolitik und Wachstumsschwankungen. Sitzungsberichte der Wissenschaftlichen Gesellschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main. Bd. 6, Jg. 1967, Nr. 2, Wiesbaden 1968), daß „*wachstumsfördernde öffentliche Ausgaben* — d. h. in erster Linie Investitionen in die Infrastruktur — *als ein fester Kern des Budgets angesehen und aufrechterhalten*

## 2. Milderung des Kampfes um die Einkommensverteilung

Die Begründung lautet hier etwa folgendermaßen: Ein Teil der sich im Zuge wirtschaftlichen Wachstums erhöhenden Einkommen ist schon „vorverteilt“, indem durch Steuern und andere Abgaben den öffentlichen Körperschaften Teile des Zuwachseinkommens quasi automatisch zufließen. Der Rest läßt sich um so leichter zwischen Arbeitgebern und -nehmern verteilen, je höher dieser ist.

Gehen wir von einem „Status-quo-Denken“ aus, bei dem die erzielten Anteile am Volkseinkommen aufrechterhalten werden sollen<sup>28</sup>, so spielt es wohl keine Rolle, ob der Produktivitätsfortschritt 4 % oder 7 % beträgt, denn jede Gruppe will ihr Einkommensniveau doch wenigstens im Ausmaß des Produktivitätsfortschritts erhöhen. Wird dagegen von einer Gruppe eine Erhöhung ihrer Quote angestrebt, so muß zumindest eine der anderen Gruppen sich ihren Anteil am Volkseinkommen verringern lassen, will man nicht inflatorische Vorgänge riskieren, die letztlich die sich ergebende Einkommensverteilung unberechenbar machen.

Es könnte nun sein, daß eine allmähliche jeweils geringe Änderung der Quoten bei hohen Produktivitätsfortschritten leichter durchsetzbar wäre, da alle Gruppen (auch diejenigen, die unterproportional am Produktivitätswachstum partizipieren) sich im Vergleich zur vorhergehenden Situation merklich besser stehen. Außerdem ist es einzig sinnvoll, Quotenveränderungen nur im Bereich der sich im Zuge des Wirtschaftswachstums ergebenden Zusatzeinkommen anzustreben.

Ein größerer Anteil der Arbeitnehmereinkommen am Volkseinkommen ist aber durch eine Erhöhung der Investitionsquote über das freiwillige ex-ante-Sparen hinaus (ermöglicht durch Kreditschöpfung) nicht erreichbar, eher das Gegenteil. Zu denken ist hier beispielsweise an die Entstehung dynamischer Marktlagengewinne (Q-Gewinne

---

werden“ (S. 32). Solche Ausgaben tragen nach *Neumark* „sozusagen überkonjunkturellen Charakter“ (S. 32). — Vgl. auch *Harald Gerfin*: Gesamtwirtschaftliches Wachstum und regionale Entwicklung. *Kyklos*. Vol. 17 (1964). S. 566. und den Beitrag von *Bruno Frey* [Eine politische Theorie des wirtschaftlichen Wachstums. *Kyklos*. Vol. 21 (1968). S. 70—101], in dem insbesondere betont wird, daß das Infrastrukturangebot nicht dem Marktmechanismus unterliegt, sondern politischen Entscheidungen. In diesem Zusammenhang sei gleichfalls erwähnt, daß die strukturellen Gesichtspunkte konjunkturpolitischer Maßnahmen häufig übersehen werden. Vgl. demgegenüber den (nach Abschluß dieses Manuskripts erschienenen) Beitrag von *Willi Lamberts* (Den Strukturwandel unterstützen. *Der Volkswirt*. Nr. 40/1968. S. 35 bis 37), in dem eine „strukturkonforme Konjunkturpolitik“ gefordert wird.

<sup>28</sup> Wie es z. B. auch der produktivitätsorientierten Lohnpolitik zugrunde liegt (bzw. deren Folge ist).

im Sinne Erich Preisers), die den Unternehmungen zufließen<sup>29</sup>. — Erinnerung sei in diesem Zusammenhang auch an die in letzter Zeit wieder besonders diskutierten Vorstellungen zum sogenannten Investivlohn oder zur überbetrieblichen Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer. Soll deren Wirkung auf die Sparquote nicht in ihrer Vergrößerung, sondern in einer Änderung ihrer Struktur bestehen (dadurch, daß die Selbstfinanzierungsquote der Unternehmungen sich bei weitgehend unberührt bleibender Investitionsneigung allmählich verringert<sup>30</sup> und die Sparquote der Arbeitnehmerhaushalte erhöht wird), so wäre das im Sinne der obigen Überlegungen ein sinnvoller Weg. Ein möglichst hohes Maß an Wettbewerb und die möglichst konsequente Verwirklichung des Prinzips der Preisniveaustabilität (um die Überwälzung<sup>31</sup> z. B. der Investivlohnanteile zu erschweren oder möglichst

<sup>29</sup> Wir können auch einen weiteren theoretischen Ansatzpunkt zur Verdeutlichung wählen: Gehen wir vom statischen verteilungstheoretischen Modell Nicholas Kaldors aus, so hängt im Gleichgewicht der Profitanteil ( $P/Y$ ) ab von den Sparneigungen der beiden „Klassen“ (der Lohnempfänger,  $s_l$ , und der Gewinnbezieher,  $s_p$ ) und der als exogen angenommenen Investitionsquote ( $I/Y$ ):

$$\frac{P}{Y} = \frac{1}{s_p - s_l} \cdot \frac{I}{Y} - \frac{s_p}{s_p - s_l}.$$

Wie unmittelbar einsichtig, ist mit einer Steigerung der Investitionsquote *ceteris paribus* eine Erhöhung der Gewinnquote verbunden. Da es sich hier um ein (sehr einfaches) Modell zur Erklärung der funktionellen Einkommensverteilung handelt, ist über die eintretenden Änderungen in der personellen Verteilung nichts ausgesagt. Wir können jedoch gegenwärtig davon ausgehen, daß den unselbständig Beschäftigten nur ein geringer Anteil des Gewinns zufließt. — Zum Ausbau des Kaldor-Modells in Richtung auf die Theorie der personellen Einkommensverteilung sei auf die Arbeit von Leo Kowalski (Einkommensverwendung, Einkommensverteilung und Vermögensverteilung, Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen, Schriftenreihe: Bd. 6. Tübingen 1967) verwiesen, der hierbei an Überlegungen von Luigi L. Pasinetti anknüpft.

<sup>30</sup> Harald Jürgensen vertritt jedoch die Auffassung, „daß sich (in der Bundesrepublik Deutschland, W. Sch.) in den Jahren seit der Währungsreform eine gewisse — branchenweise unterschiedlich hohe — Selbstfinanzierungsrate eingestellt hat, die durch einen hohen Grad psychologischer Starrheit ausgezeichnet ist und die zu reduzieren ohne negative Rückwirkungen auf das Investitionsvolumen der jeweiligen Branche kaum möglich sein dürfte“. Harald Jürgensen: Die Auswirkungen des Leber-Planes auf die Außenwirtschaft. In: Georg Leber (Hrsg.): Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Dokumentation 3. Frankfurt/Main 1965. S. 160.

<sup>31</sup> Der Überwälzungsfrage und der Wirkung auf die Investitionsneigung müßten in diesem Zusammenhang eigentlich eingehende Erörterungen gewidmet werden, was an dieser Stelle aber nicht geschehen kann. Was mögliche Wirkungen einer Ertragsbeteiligung auf die Investitionsneigung anbetrifft, sei verwiesen auf Wilhelm Krelle, Johann Schunck, Jürgen Siebke: Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer. Bd. I. Tübingen 1968. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, daß zumindest „kein Zusammenbruch der Investitionstätigkeit ... zu befürchten ist“ (S. 202). Diese Aussage selbst ist abhängig von der Höhe des Ertragsbeteiligungssatzes, dem Zeitpunkt der Einführung dieser Abgabe; weiterhin davon, ob allmählich der Satz gesteigert wird, ob es sich um eine im Prinzip allgemeine Abgabe handelt oder ob erhebliche Teile der gewerblichen Wirtschaft davon ausgenommen werden, in welcher Form die Ertragsbeteiligung abgeführt wird usw.

völlig auszuschalten) würden die Durchsetzung einer solchen Quotenverschiebung in einer wachsenden Wirtschaft wahrscheinlich erleichtern<sup>32</sup>.

Ebenfalls der Wunsch nach einer (wenn auch eventuell nur vorübergehenden) Quotenverschiebung zugunsten des Staates — im Interesse einer Verbesserung der Infrastruktur oder der Verhältnisse in deutschen Kindergärten, Schulen und Hochschulen usw. — erfordert unseres Erachtens keine Forcierung des Wirtschaftswachstums (Ausgaben für solche Zwecke sind vielmehr selbst der Grundstock zukünftigen Wachstums). Hier liegt eine bedeutende Informationsaufgabe, um die Notwendigkeit und Dringlichkeit dieser Maßnahmen deutlich werden zu lassen und möglichst die Präferenzen der Individuen und der Entscheidungsträger entsprechend zu beeinflussen. Es kommt in diesem Zusammenhang auf klare Wertungen und eindeutige politische Entscheidungen an.

### 3. „Autonome“ Nachfragesteigerungen erfordern ein verstärktes Wirtschaftswachstum

Ausgegangen wird hier von der Vorstellung, daß es in einer wachsenden Wirtschaft eine gewisse, mit wirtschaftspolitischen Mitteln nur außerordentlich schwer vermeidbare Steigerung der Nachfrage gibt, die bestimmten „Eigengesetzlichkeiten“ folgt und nicht mit dem Wirtschaftswachstum korreliert ist<sup>33</sup>. Wir wollen diese Nachfragesteigerung als „autonom“ bezeichnen. Als Gründe für diese Annahme können u. a. genannt werden<sup>34</sup>:

a) Selbst bei gleichbleibenden Nominaleinkommen, aber wachsender Bevölkerung, wird die Nachfrage nach Konsumgütern steigen. Ebenfalls wird der „Gemeinschaftsbedarf“ (Infrastruktureinrichtungen und Sozialkapital) zunehmen, da er besonders eng z. B. mit der Bevölkerungsgröße korreliert ist<sup>35</sup>.

b) Die Steigerung der nominalen Masseneinkommen (und, da die marginale Sparneigung nicht mit einem Wert von 1 angenommen werden kann, auch eine Konsumsteigerung) scheint in einer wachsenden Wirtschaft unvermeidbar zu sein, u. a. da die Löhne, nicht zu

<sup>32</sup> Siehe Helmut *Meinhold*: Investivlohn und soziale Marktwirtschaft. In: *Leber* (Hrsg.): Dokumentation 3, a.a.O. S. 76.

<sup>33</sup> Siehe beispielsweise Gottfried *Bombach*: Was muß die Wirtschaftspolitik heute leisten? Die Aussprache. H. 8. 1967. S. 206.

<sup>34</sup> Hier insbesondere auf eine Zunahme der Konsumgüternachfrage bezogen.

<sup>35</sup> Vgl. Gottfried *Bombach*: Auswirkungen des Bevölkerungswachstums in einer entwickelten Volkswirtschaft. In: Das Wachstum der Weltbevölkerung. Eine Vortragsreihe der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Zürich und Tübingen 1965. S. 64.

letzt infolge der Vollbeschäftigungsgarantie der Regierung, nach unten weniger flexibel sind als nach oben.

c) Auf sozialpolitischem Gebiet ist gleichfalls eine gewisse Eigen-gesetzlichkeit der Nachfrageausweitung zu vermuten, z. B. im Rahmen der Harmonisierung unterschiedlicher Sozialstrukturen innerhalb des EWG-Raumes (da kein Land gewillt sein wird, seine „sozialen Errun-genschaften“ aufzugeben); weiterhin ist bei der Gewährung von So-zialleistungen eine Tendenz zur Beseitigung von Härtefällen (infolge der Festlegung des Personenkreises und der Leistungskriterien) be-obachtbar<sup>36</sup>.

Läge also beispielsweise eine jährliche autonome Nachfragesteige-rung von 3 % vor<sup>37</sup>, so müßte das Sozialprodukt (das gesamtwirt-schaftliche Angebot) mindestens auch um 3 % wachsen; wäre diese Wachstumsrate geringer als 3 %, käme es zu einem inflatorischen Vorgang. Eine Erhöhung der Sparneigung scheint in einer solchen Situation der sinnvollste Weg zur Vermeidung von Preisniveausteigerungen zu sein (wobei entscheidend ist, was mit den zusätzlichen Ersparnissen geschieht und auf welchen Ursachen eine solche auto-nome Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage beruht). Es ist jedoch zu vermuten, daß die nicht mit dem Wachstum korrelierte Nachfragezunahme (bei Vollbeschäftigung) normalerweise nicht eine solche Höhe erreichen wird, daß die mittels freiwilliger ex-ante-Ersparnis realisierbare Wachstumsrate des Sozialprodukts übertroffen wird.

#### 4. Hebung des internationalen Prestiges (bzw. Verbesserung der außenpolitischen Posi-tion) sowie Stärkung der militärischen Kraft<sup>38</sup>

Daß der erste der angeführten Gründe nichts mit ökonomisch ratio-nalen Erwägungen zu tun hat, bedarf eigentlich keiner besonde-ren Betonung. Eine gewisse psychologische Bedeutung mag ihm in

<sup>36</sup> Soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland (Sozialenquôte). Stutt-gart-Berlin-Köln-Mainz o. J. (1966), insbes. S. 152.

<sup>37</sup> Eine autonome Nachfragesteigerung von 3 %, die allein auf einer Zunahme der Konsumgüternachfrage basiert, ist unrealistisch hoch. Rechnen wir mit einem Anteil der Konsumgüter- an der Gesamtnachfrage von 60 %, so würde das eine Vermehrung der Konsumgüternachfrage um 5 % — verglichen mit dem Ausgangs-niveau — bedeuten (wenn wir von Multiplikator- und Akzeleratorprozessen ein-mal absehen).

Bei der obigen Argumentation haben wir zur Vereinfachung von allen struk-turellen Problemen abstrahiert.

<sup>38</sup> Fritz *Machlup* (Statement, a.a.O., S. 2820) formulierte dies in ironischer Form folgendermaßen: a) "To impress other nations with the fine performance of our economic system." b) "To win an economic race as if it were a sports contest, and to be able to smile condescendingly at the outdistanced rival."

manchen Fällen jedoch nicht abzusprechen sein, z. B. für die Überlegungen in unterentwickelten Volkswirtschaften, welche Art von „Leitbild“ für die wirtschaftliche Entwicklung gewählt werden soll<sup>39</sup>.

Weit verbreitet ist jedoch die Vorstellung: Je höher das Sozialprodukt einer Volkswirtschaft ist und je stärker dieses wächst, um so größer ist auch die militärische Kraft dieses Landes. Wäre diese Behauptung zutreffend, so würde daraus zwar nicht in erster Linie die ökonomische Notwendigkeit eines verstärkten Wachstums resultieren, wohl aber die politisch begründbare Forderung danach. Diese generelle Gleichsetzung von militärischer Kraft und Höhe des Sozialprodukts ist aber unzutreffend. „Nuclear technology has made this connection looser than ever<sup>40</sup>.“ Dieses ist auch ohne weiteres einleuchtend, wenn man sich verdeutlicht, welche Vielfalt an Gütern eine solch globale Zahl wie die des Sozialprodukts repräsentieren soll; nur ein Bruchteil dieser Erzeugnisse ist für die Rüstung von unmittelbarer Bedeutung. Wir sollten auch nicht vergessen, daß bei dieser Begründung zwei Dinge sauber zu trennen sind, die in der politischen Diskussion absichtlich oder unbeabsichtigt ständig vermischt werden: „Das eine ist Bewaffnung und Verteidigung, und das andere ist Prestige und Propaganda<sup>41</sup>.“ Die Art des Mitteleinsatzes, nicht in erster Linie dessen Höhe, ist entscheidend (z. B. der Anteil an Wissenschaftlern, der sich insbesondere der Behandlung militärischer Probleme, der Raketenforschung usw. widmet)<sup>42</sup>.

##### 5. Erhöhung der Exportfähigkeit der heimischen Wirtschaft

Häufig wird das Argument vertreten: Wenn wir in unserer Wachstumsrate (Produktivitätssteigerung) hinter der anderer Länder zurückbleiben, nimmt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft auf den internationalen Märkten ab. Wir glauben, mit wenigen Worten diese Auffassung als unbegründet ablehnen zu können.

Betrachten wir zwei Länder (A und B), in denen gleiche Bedingungen herrschen (u. a. Vollbeschäftigung bei Preisniveaustabilität und ausgeglichener Zahlungsbilanz, gleiche Höhe des Wechselkurses,

<sup>39</sup> Vgl. auch Wilhelm Kraus: Wirtschaftspolitische Leitbilder der Entwicklungsländer. In: Hans Besters (Hrsg.): Theoretische und institutionelle Grundlagen der Wirtschaftspolitik. Theodor Wessels zum 65. Geburtstag. Berlin 1967. Inshes. S. 321—322.

<sup>40</sup> Tobin: a.a.O., S. 6.

<sup>41</sup> Machlup: a.a.O., S. 2846 (eigene Übersetzung, W. Sch.).

<sup>42</sup> Siehe auch Walt Whitman Rostow: Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie. Göttingen o. J. (1960). S. 126.

gleiche Import- und Exportelastizitäten). Es treten nun (aus welchen Gründen auch immer) folgende Veränderungen ein:

	Produktivitätssteigerung	Steigerung der Nominaleinkommen	Preisniveausteigerung
Land A	3 %	3 %	0 %
Land B	5 %	7 %	2 %

Daß sich die Wettbewerbssituation der Unternehmungen des Landes B (*ceteris paribus*) gegenüber der der Anbieter des Landes A verschlechtert hat, ist ohne weiteres einleuchtend (obgleich in B die Produktivitätssteigerung nahezu das Doppelte der in A erzielten betrug). Entscheidend ist also nicht die Produktivitätssteigerung, sondern das Verhältnis von Nominaleinkommenssteigerung zum Produktivitätsfortschritt.

Für Länder mit stark vom technischen Fortschritt abhängigen Exportprodukten kann ein nur geringes Zurückbleiben im technischen Niveau gegenüber den ausländischen Konkurrenten möglicherweise auch durch Preissenkungen nicht ausgeglichen werden und zu negativen Reaktionen der potentiellen Nachfrager führen. Jedoch ergibt sich daraus ebenfalls kein Argument für eine Wachstumsforcierung in unserem Sinne, sondern eher für eine strukturell andere Konzentration der Investitionen auf Rationalisierungsvorhaben u. ä. in den betreffenden Wirtschaftszweigen.

## 6. Wirtschaftlicher Wettbewerb zwischen Ost und West

Neben den Rüstungswettlauf zwischen den Ländern diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs ist seit einer Reihe von Jahren ein „friedlicher Wettkampf der Systeme“ getreten, um zu ermitteln, welches Wirtschaftssystem „leistungsfähiger“ ist<sup>43</sup>.

Bei einer fortschreitenden allgemeinen Bildung der Menschen (und dem schon erreichten Bildungsniveau) läßt sich auch in der Sowjetunion eine möglichst starke Drosselung des privaten Konsums im

<sup>43</sup> Es sei darauf hingewiesen, daß bei Wachstumsvergleichen zwischen „kapitalistischen“ und „sozialistischen“ Volkswirtschaften, wenn diesen Sozialproduktangaben zugrunde liegen, eine Fülle von Umrechnungsproblemen und Unsicherheiten auftritt. So wird in „sozialistischen“ Ländern das „System of Material Production“, in westlichen das „System of National Accounts“ für die Berechnungen verwandt. — Siehe z. B. E. Kšečkouska: Über den Vergleich des Volkseinkommens Polens und einiger westeuropäischer Länder. Statistische Hefte, N. F. Jg. 7 (1966). Heft 3/4. S. 212—221.

Interesse einer Verstärkung des Wachstums immer weniger durchsetzen (und nicht nur aus diesem Grunde). Es spricht manches für die Vermutung, daß die Zuwachsraten des Sozialprodukts (auch pro Kopf der Bevölkerung) sich in der Sowjetunion im Zuge der wirtschaftlichen Weiterentwicklung verlangsamen<sup>44</sup> bzw. sich den im Durchschnitt der hochentwickelten westlichen Volkswirtschaften realisierten Raten immer weiter annähern, je mehr sich die UdSSR in ein „Zeitalter des Massenkonsums“<sup>45</sup> hineinbewegt.

In diesem Zusammenhang sei auch folgende, schon unter 4. ange-deutete Frage aufgeworfen: Sollten die westlichen Volkswirtschaften ihre Wachstumsrate nicht deshalb zu steigern suchen, um ihr Wirtschaftssystem für unterentwickelte Länder „attraktiver“ zu machen, da diese Nationen dem wirtschaftlichen Fortschritt verständlicherweise ein starkes Gewicht zulegen? „They will not — so the argument runs — choose the democratic way in preference to communism, or market economies on preference to centrally directed economies, unless our institutions show by example that they can outperform rival systems“<sup>46</sup>. Dieses Argument ist nicht ohne weiteres völlig abzulehnen, wengleich auf die in prinzipiell marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften möglichen hohen Steigerungsraten des Sozialprodukts (insbesondere in Japan und der Bundesrepublik Deutschland) hinzuweisen ist. Darüber hinaus bemerkt *Tobin*, daß „future growth of affluence in already affluent societies may cause more disaffection than admiration“<sup>47</sup>.

Ein langfristiger Gesichtspunkt, der zugunsten des 6. Arguments sprechen könnte, soll nicht unerwähnt bleiben. Stellen wir uns folgende Situation vor: Nach einer Vielzahl von Jahren ist es den östlich-sozialistischen Volkswirtschaften gelungen, ein Versorgungsniveau zu erreichen, das über dem der westlichen Länder liegt. Weiterhin besteht ein erheblicher Unterschied zwischen den beiden Wirtschaftssystemtypen fort<sup>48</sup>. Rechnet man nun damit, daß die Menschen relativ schnell vergessen, welche Einschränkungen ihnen im Interesse einer Wachstumsforcierung in der Vergangenheit abverlangt wurden — und auch die Wirtschaftssubjekte der „westlichen Hemisphäre“ nur

<sup>44</sup> Diese Auffassung vertritt auch Francesco *Kneschaurek*: *Wirtschaftliches Wachstum in Ost und West: Ein Vergleich*. Außenwirtschaft. 1963. S. 119—148.

<sup>45</sup> *Rostow*: *Stadien a.a.O.*, S. 128. — Vergl. auch *Jere L. Felker*: *Soviet Economic Controversies — The Emerging Marketing Concept and Changes in Planning, 1960—1965*. Cambridge (Mass.) and London 1966.

<sup>46</sup> *Tobin*: a.a.O., S. 5.

<sup>47</sup> *Tobin*: a.a.O., S. 6.

<sup>48</sup> Wir nehmen also an, daß sich ein solches System, wie es in der CSSR angestrebt und in ersten Ansätzen realisiert wurde, nicht auf breiter Front durchgesetzt hat.



noch die dann „bessere“ Versorgung in den östlich-sozialistischen Ländern sehen —, dann wird u. U. auch von den Letztgenannten das östliche System als „leistungsfähiger“ beurteilt und eine Transformierung der im Prinzip marktwirtschaftlichen Grundstruktur in ein überwiegend plangesteuertes System gefordert. In diesem Augenblick können ökonomische Probleme auftreten. — Wir wollen dieser überwiegend spekulativen Argumentation nicht jede Berechtigung absprechen, halten sie aber hinsichtlich der psychologischen Prämisse und der nicht ohne weiteres auszuschließenden weiteren Annäherung der Wirtschaftssysteme sowie unter Berücksichtigung der von uns gesetzten Prämissen für nicht recht überzeugend<sup>49</sup>.

Wir sehen also, daß es für diese (am häufigsten vorgebrachte) Begründung zugunsten vermehrter Wachstumsanstrengungen keine befriedigende ökonomische Argumentation gibt (zumindest soweit sie hier geprüft wurde). Ob eine solche Wachstumsforcierung aber dennoch politisch als notwendig erachtet wird (z. B. aus propagandistischen oder außenpolitischen Gründen), ist eine rein politisch motivierte Entscheidung und entzieht sich wirtschaftswissenschaftlicher Beurteilung.

## 7. Verstärkung von Entwicklungshilfemaßnahmen

Die Notwendigkeit der Unterstützung unterentwickelter Länder wird heute selten bestritten, wenn auch die Formen, in denen bisher diese Hilfe den Empfängerländern zuteil wurde, sich in den letzten Jahren wandelten und über sie auch keine einhellige Meinung besteht. Man kann diese Hilfsmaßnahmen in Analogie zur nationalen Sozialpolitik als eine internationale sozialpolitische Aufgabe ansehen<sup>50</sup>.

Die Formulierung, daß bei höheren Zuwachsraten des Sozialprodukts Hilfen leichter und großzügiger für Entwicklungsländer möglich sind<sup>51</sup>, ist in dieser Allgemeinheit nicht zutreffend.

<sup>49</sup> Dieses Argument scheint eher in einer Situation *anhaltender Depression oder Stagnation* zutreffen. Davon geht wohl Andreas Paulsen aus, wenn er schreibt, es „... könnte sogar befürchtet werden, daß bei einem Konflikt zwischen Freiheit und materiellem Fortschritt eher die Freiheit geopfert würde, zumal sich gerade in dieser Sicht die Alternative des Sowjetismus triumphierend, lockend und drohend anbietet“ (Wirtschaftliche und soziale Grundprobleme stetigen Wirtschaftswachstums. In: Walther G. Hoffmann (Hrsg.): Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums. Schriften des Vereins für Socialpolitik. N. F. Bd. 15. Berlin 1959. S. 21).

<sup>50</sup> So z. B. Elisabeth Liefmann-Keil: *Ökonomische Theorie der Sozialpolitik*. Berlin-Göttingen-Heidelberg 1961. 4. Teil. S. 356 ff. Dies.: Einführung in die politische Ökonomie. Private Planung — Öffentliche Lenkung. Freiburg i. Br. 1964. S. 233—237.

<sup>51</sup> So z. B. Thomas Wilson: *The Price of Growth*. *Economic Journal*. Dec. 1963.

Darauf, daß Handelsbilanzüberschüsse zur Ermöglichung realen Kapitalexports in Entwicklungsländer nicht unbedingt durch höhere Wachstumsraten des Sozialprodukts erzielt werden, haben wir schon an anderer Stelle hingewiesen (siehe zu 5.).

Auch güterwirtschaftlich sagt eine höhere Wachstumsrate des Sozialprodukts noch nichts über die Fähigkeit aus, zu entsprechenden Hilfsmaßnahmen besser in der Lage zu sein, da beispielsweise ein hoher inländischer Produktionszuwachs an von Entwicklungsländer nicht benötigten oder nicht transportfähigen Gütern für den angestrebten Zweck offensichtlich von geringer oder keiner Bedeutung ist. Demnach kommt es auf ein differenziertes Wachstum an, was nicht notwendigerweise ein allgemein stärkeres Wachstum bedeuten muß.

Es sprechen auch viele Gründe dagegen, daß die nach der klassisch-liberalen Theorie in Entwicklungsländern zu erwartende höhere Grenzproduktivität des Kapitals (im Vergleich zu den mit Kapital erheblich reichlicher ausgestatteten hochentwickelten Volkswirtschaften) tatsächlich gegeben ist, da in dieser theoretischen Vorstellung einseitig mit abnehmenden Ertragszuwächsen des Kapitals gerechnet wird, u. a. aber der Ausbildungsstand der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte, die häufig mangelhafte Funktionsfähigkeit der Märkte und des Bankenapparates sowie die Wirkungen von „social costs“ völlig außer acht gelassen werden<sup>52</sup>.

Ökonomisch notwendig scheint uns somit für die Geberländer die Forcierung des eigenen Wachstums zur vermehrten Gewährung von Entwicklungshilfe nicht zu sein, zumal wir von einer vollbeschäftigten Wirtschaft ausgehen. Unseres Erachtens lassen sich diese Hilfeleistungen nur aus moralischen oder politischen Gründen rechtfertigen<sup>53</sup>. Sehr langfristig werden sich jedoch auch für die Geberländer positive ökonomische Wirkungen aus der verstärkten internationalen Arbeitsteilung ergeben.

#### IV.

Betrachten wir rückblickend die von uns untersuchten Gründe zur Rechtfertigung eines verstärkten wirtschaftlichen Wachstums, so stel-

S. 6 und John W. Kendrick: Concepts and Measures of Economic Growth. In: Inflation, Growth and Employment. Englewood Cliffs, N. J. 1964. S. 242.

<sup>52</sup> Vgl. dazu die insbesondere diesen Fragen gewidmete Heidelberger Dissertation von Joachim Gäbler: Internationale Freizügigkeit des Kapitals und unterentwickelte Länder. 1963.

<sup>53</sup> Siehe auch die Ausführungen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 1967. Deutscher Bundestag. 5. Wahlperiode. Drucksache V/2310. Ziff. 304.

len wir fest, daß in einer hochindustrialisierten, nicht in einer Wiederaufbauphase befindlichen, vollbeschäftigten Volkswirtschaft keines *dieser* Argumente als ökonomische Begründung für eine Politik der *Wachstumsforcierung* ausreicht<sup>54</sup>. Wenn also ein Wirtschaftswachstum angestrebt wird, das in seinem Ausmaß größer sein soll als dasjenige, das sich allein aufgrund eines bestimmten, in seiner Struktur eine ökonomisch sinnvolle Abstimmung von privaten Realkapital- und Infrastrukturinvestitionen anstrebenden, Gesamtinvestitionsvolumens (finanziert mit geplanten Ersparnissen der privaten Wirtschaftssubjekte und des Staates) ergeben würde, dann kann es sich, werden nicht weitere, einer kritischen Überprüfung standhaltende Begründungen vorgebracht, unseres Erachtens in erster Linie nur um eine politische Forderung handeln<sup>55</sup>. Trifft diese Schlußfolgerung zu, dann sollte aber nicht versucht werden, *ökonomische* Motive vorzuschieben zur Rechtfertigung einer *politisch* gewollten Zielvorstellung.

## Summary

### On Some Arguments in Favour of Increasing Growth Rates in a Fully Employed and Highly Developed Economy

The author discusses a number of arguments which are made to substantiate the demand for an increase of the rate of economic growth in a fully employed and highly developed economy. "Increase" (acceleration) means growth rates in excess of the rates which could be realized by voluntary (including public) savings.

The article starts with brief remarks on the term "growth" and the limited usefulness of GNP figures as substitutional data for economic welfare. Then the author examines seven alleged economic reasons for an attempt to accelerate growth, of which the following are of special political interest: better future supply; moderated struggle for a changed income distribution; better capability to export; economic East-West competition; more development aid.

Though it is difficult to distinct between economic and political aspects, the author comes to the conclusion that none of the examined arguments can be sufficiently supported by economic reasons in a highly industrialized and fully employed economy, which is not in a period of reconstruction. In the absence of valid economic reasons for an acceleration of growth rates under these circumstances, this aim should be supported by other, primarily political, arguments.

---

<sup>54</sup> Für Entwicklungsländer und Volkswirtschaften in einer Rekonstruktionsphase (wie z. B. in Deutschland nach 1945) sehen wir eine solche Wachstumsforcierung im Prinzip als notwendig an (wenn auch gerade hinsichtlich der unterschiedlichen Verhältnisse und Wirtschaftsstrukturen eine differenzierende Betrachtung unumgänglich ist).

<sup>55</sup> Deren Verwirklichung würde jedoch zu einer Vielzahl von Zielkonflikten führen. Allein die Beschreibung der möglichen Konfliktsituationen würde den für diesen Beitrag gewählten Rahmen sprengen.